

# Die sanitären Verhältnisse stinken zum Himmel

In der Europäischen Union sind 20 Millionen Bürger ohne Toilette, vor allem im ländlichen Osteuropa



**Plumpsklo.** Abtritte wie dieser sind in Rumänien auch heute noch häufig anzutreffen. Foto Vario-Images

MARIANNE TRUTTMANN, Brüssel

**In manchen Gegenden Europas ähneln die sanitären Verhältnisse denen in der Dritten Welt. Und ebenso wie dort führt mangelnde Hygiene zu Krankheiten, besonders bei Kindern. Frauenorganisationen fordern schnelle Lösungen.**

Diana Iskrevia-Idigo, Vertreterin der bulgarischen Umweltorganisation «Earth Forever», nimmt kein Blatt vor den Mund. «Vielen Männern ist das Problem egal, sie erledigen ihr Geschäft irgendwo und denken nicht an die Folgen.» Das Problem, über das die pragmatische Bulgarin an einer von der Frauenorganisation WECF in Brüssel organisierten Tagung sprach, glaubt man auf Drittweltländern beschränkt. Aber auch in Bulgarien wie in anderen neuen EU-Staaten verfügt die Bevölke-

rung auf dem Land vielfach über keine anständigen Toiletten. «Besonders Frauen leiden darunter», sagt die Bulgarin.

In einigen EU-Mitgliedstaaten haben bis zu 40 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zu sauberen und sicheren sanitären Einrichtungen. Mehr als 20 Millionen Europäer sind gemäss WECF auf unhygienische sanitäre Anlagen wie Latrinen, Plumpsklos oder Sickergruben angewiesen. Aus diesen Anlagen infiltrieren dann Fäkalbakterien und Nitrate das Grundwasser. «Überall in Osteuropa sind viele der Fäkalienbehälter undicht», erklärt Robert Zvara von der slowakischen Organisation «Creative Slovakia». Die Trinkwasserverschmutzung führt dazu, dass Erwachsene und insbesondere Kinder häufiger krank sind. So erkranken in

Rumänien kleine Babys immer noch an «Baby-Blausucht». Diese Krankheit wird durch den zu hohen Nitratgehalt und Fäkalbakterien im Trinkwasser verursacht.

**KLÄRANLAGEN.** Offensichtlich entsetzt gab sich an der Tagung der Franzose Daniel Villesot, der mit dem Verband «Eureau» die mächtige europäische Wasserwirtschaft vertritt. «Dass wir innerhalb der EU solche Verhältnisse haben, hat mich überrascht», sagte Villesot. Die EU fordert nämlich von den Mitgliedstaaten via Vorschriften über Kläranlagen und Grundwasserschutz hohe Standards ein, welche auch die neuen Mitgliedsländer erfüllen müssen. Kläranlagen sind allerdings vor allem für Städte und Agglomerationen obligatorisch. Die är-

meren EU-Länder erhalten dafür Gelder aus dem Kohäsionsfonds. Die an Brüsseler Schreibtischen ausgeheckten Makrolösungen taugen aber nicht für die ländlichen Gebiete. So leben in Bulgarien 40 Prozent der Bevölkerung in kleinen Dörfern. Die Mehrzahl der Menschen dort ist alt und arm. «Das fachgerechte Entleeren einer Sickergrube kostet mit 60 Euro so viel wie hier eine Monatsrente ausmacht», schildert Diana Iskrevia die Lage.

Die WECF-Direktorin Sacha Gabizon fordert deshalb, dass die EU viel mehr tun sollte für ihre wirklich bedürftigen Bürgerinnen und Bürger: «Es ist nicht hinnehmbar, dass wir in den nächsten fünf Jahren über 300 Milliarden Euro an Kohäsionsfondsgeldern ausgeben, ohne eines der grössten Gesundheitsprobleme armer Leute in ländlichen Gegenden zu lösen, nämlich das Fehlen einer sicheren sanitären Grundversorgung.» Laut Gabizon würde dies etwa 470 Millionen Euro kosten.

**FREI VON ANSTECKUNGSGEFAHREN.** Das WECF und Partnerorganisationen aus Bulgarien und Rumänien propagieren ökologische Toiletten, für die es Demonstrationsmodelle gibt. Diese Trockentoiletten separieren den Urin und die Fäkalien; nach einer speziellen Behandlung sind die Reststoffe frei von Ansteckungsgefahren. Sie werden anschliessend als Dünger benutzt. Auch könnten seit altersher zur Säuberung des Wassers verwendete Teiche mit einfachen Filtern verbessert werden. Solche Methoden sind bis heute in ländlichen Gebieten Westeuropas üblich. Auch in Frankreich sind zehn Millionen Menschen an keine zentrale Kläranlage angeschlossen. In der Schweiz ist der Anschlusszwang neuerer Datums, für Bauern gibt es immer noch Ausnahmen.

Für die sanitäre Lage von ärmeren Bevölkerungsschichten in Osteuropa ist zusätzlich der stark steigende Wasserpreis ein Problem. Wegen der höheren Klärkosten und der Privatisierung der ehemals kommunalen Wasserversorger ist in allen neuen EU-Staaten der Wasserpreis deutlich gestiegen, und es wird damit gerechnet, dass er bald westeuropäisches Niveau erreicht.

Geld für die Verbesserung der sanitären Lage der Landbevölkerung müsste in den EU-Programmen zur ländlichen Entwicklung zur Verfügung gestellt werden, wurde an der Tagung gefordert. Auch für die Schweiz, die Kohäsionsgelder für Rumänien und Bulgarien in Aussicht gestellt hat, dürfte sich die Frage stellen, ob sie solche die Grundbedürfnisse abdeckenden Projekte finanzieren soll.

## Zwischen Kiew und Moskau droht eine neue Kraftprobe

Julia Timoschenko will höhere Durchleitungspreise für Gas

KNUT KROHN, Warschau

**Die Gaspreise steigen, doch die Preise für die Durchleitung stagnieren. Das will die Regierungschefin der Ukraine nun ändern und riskiert einen Streit mit Russland wie vor zwei Jahren.**

In der Zentrale des russischen Energieriesen Gasprom ist man auf Julia Timoschenko schlecht zu sprechen. Zuerst hat die neue Premierministerin der Ukraine jüngst selbstbewusst angekündigt, nicht mehr den Gaspreis der Zwischenhändler klaglos zu akzeptieren. Sie will den Preis in Zukunft selbst mit dem Unternehmen aushandeln.

Kürzlich traf die nächste Hiobsbotschaft in Moskau ein. Die Regierungschefin will die Transportgebühren für russisches Gas, das durch ukrainische Leitungen in Richtung Europäische Union fliesst, drastisch erhöhen. Von gegenwärtig 1.79 Dollar pro 1000 Kubikmeter und 100 Kilometer, soll er auf 9.32 Dollar steigen.

**HARTER SCHLAG.** Timoschenko stellt eine sehr einleuchtende Rechnung auf. «Der Gaspreis hat sich mehr als verdreifacht, aber die Transitgebühr ist im Grunde genommen gleich geblieben. Das heisst, es ist an der Zeit, neue Transitgebühren auszuhandeln», sagte die Politikerin. Moskau und Kiew hatten im Dezember vergangenen Jahres eine Erhöhung des Gaspreises für die Ukraine auf 180 Dollar für 1000 Kubikmeter Gas vereinbart. Im Jahr 2005 hatte Kiew russisches Gas noch zum Preis von 50 Dollar gekauft. Timoschenko kündigte an, man wolle vergleichen, welche Transitpreise andere Länder

verlangten, und aufgrund dieser Zahlen dann Verhandlungen mit Russland aufnehmen. Das ist ein harter Schlag, denn Russland pumpt im Moment rund drei Viertel seines Gasexports in Richtung Westen durch ukrainische Leitungen.

**ENG PÄSSE.** Im harten Winter vor zwei Jahren hatte der Energiegigant Gasprom der Ukraine im Streit um den Preis kurzzeitig die Lieferungen eingestellt. Danach war es auch im Rest Europas zu Versorgungsengpässen gekommen. Die Ukraine weiss inzwischen, wie sensibel der Westen seit jenem Zeitpunkt auf dieses Thema reagiert. Wohl aus diesem Grund hat Präsident Viktor Juschtschenko auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos in diesem Jahr öffentlich versichert, dass die Ukraine in Sachen Energielieferungen ein verlässlicher Partner sei, der seine Verträge termingerecht erfülle.

Das sieht man auf russischer Seite wohl etwas anders. Ein Sprecher von Rosukrenerg, dem Zwischenhändler für die russisch-ukrainischen Gasgeschäfte, erklärte in diesen Tagen, dass die Ukraine seit Anfang 2008 über eine Milliarde Kubikmeter Gas bezogen habe. Gleichzeitig aber seien Schulden, die sich inzwischen auf über 700 Millionen Dollar beliefen, noch immer nicht bezahlt worden. Aus Kiew gab es zu dieser Nachricht keinen Kommentar. Sehr vielsagend war allerdings eine Ansprache des Präsidenten im ukrainischen Fernsehen. Viktor Juschtschenko bereitete sein Volk angesichts der neuen Verhandlungen mit Moskau auf steigende Gaspreise vor.

## Viele, viele bunte «papas»

Die Bedeutung der Kartoffel als Nahrungsmittel nimmt weltweit zu

THOMAS WALDMANN

**Die UNO hat 2008 zum Internationalen Jahr der Kartoffel erklärt. Das Kartoffelzentrum Lima (Peru) zeigt in diesem Rahmen eine Ausstellung an der ETH in Zürich.**

Wer «Gschwelli» und Pommes frites mag und daher glaubt, er kenne die Kartoffel, irrt. Es gibt rund 5000 Sorten, die meisten von ihnen sind in den südamerikanischen Anden heimisch; ihre Farben variieren vom hier bekannten Gelb und Braun bis zu Violett, Blau und Dunkelrot. Manche sehen auf den ersten Blick aus wie Gipfeli oder ein Traubenzweig.

**NACHHALTIG.** Nach Weizen und Reis ist die Kartoffel die drittwichtigste Feldfrucht im Speisezettel der Menschheit: Weltweit werden mehr als 300 Millionen Tonnen Kartoffeln im Jahr produziert; China liegt an der Spitze mit 70 Millionen Tonnen. Der Nährwert der Knollen hat die UNO bewegt, sie in die Planung der Hunger- und Armutsbekämpfung der nächsten 20 Jahre einzubeziehen. Informationsanlässe in diesem Jahr sollen die Bedeutung des Nachtschattengewächses bewusster machen.

Das Internationale Kartoffelzentrum CIP (Centro Internacional de la Papa), ein Forschungsinstitut in Perus Hauptstadt Lima, hat zum Kartoffeljahr eine Wanderausstellung konzipiert; sie wird ab heute an der ETH Zürich gezeigt. Mitorganisiert wurde der Einblick in Gegenwart und Geschichte der «papas» von der Deza (Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit), die das CIP mit einer Million Franken im Jahr unterstützt. Total zahlt die Deza sechs Millionen Franken jährlich an Projekte, die der Kartoffel gewidmet sind. Martin Sommer, Leiter der Sektion «Natürliche Ressourcen und Umwelt», hebt im Ge-



**44 von 5000 Sorten.** Die Erhaltung der Kartoffelsorten ist eine zentrale Aufgabe des Internationalen Kartoffelzentrums in Lima. Foto Centro Internacional de la Papa (CIP)

spräch mit der baz neben Bolivien, Peru und Ecuador besonders Asien hervor. In der Mongolei und in Nordkorea laufen Anbauprojekte, in Nepal und Pakistan sind sie erfolgreich beendet. Ziel ist die nachhaltige Verbesserung von Qualität und Vermarktung der Kartoffeln – unter Berücksichtigung örtlicher Strukturen – und damit der Ernährungssituation.

**EINKOMMENSQUELLE.** Ein Deza-Projektort ist Bhutan, das kleine Land im Himalayagebirge. Während Kartoffelanbau in vielen Ländern dem Eigenbedarf dient, exportiert Bhutan 40 bis 50 Prozent der Produktion nach Indien und Pakistan. Nach 40 Jahren Aufbauarbeit ist die Knolle eine der wichtigsten Einkommensquellen in Bhutan; da sie ursprünglich aus dem Andenhochland stammt, ist sie im Himalaja leicht anzusiedeln.

Generell wird sie durch Verstädterung und die kleinen Märkte in Drittweltländern zunehmend wichtiger. Als globales Handelsgut und Objekt gentechnologischer Projekte stehe sie – trotz einiger Bemühungen zur Resistenzförderung etwa gegen Kartoffelfäule – aber nicht so im Zentrum wie Reis, sagt Sommer.

Dies bestätigt Paul Stapleton, Biologe und Kommunikationschef des CIP in Lima, der die Zürcher Ausstellung vorbereitet hat. Sie umfasst die Geschichte der Kartoffel von der Kultivierung vor 8000 Jahren über die Verbreitung durch die Spanier – in Europa wurde die erste 1573 in Sevilla gegessen – bis zur ökonomischen Rolle in heute 130 Ländern. Am letzten Tag findet ein Symposium statt.

ETH Zürich, 1.–22. Februar, Universitätsstr. 2. Informationen zum Kartoffeljahr der UNO: <http://www.baz.ch/go/unokartoffel>